

31. März 2009

www.kas.de/senegal

www.kas.de

Senegal: Familie Wade – Sohn geschlagen, Vater enttäuscht

KOMMUNALWAHLEN MIT NATIONALEN AUSWIRKUNGEN - OPPOSITION GEWINNT - BILD DENNOCH UNEINHEITLICH

Die Kommunalwahlen am 22. März waren mit viel Unruhe und Ungeduld erwartet worden: Für die Regierung sollten sie die Bestätigung ihrer Politik werden, für die Opposition die Rückkehr auf die politische Bühne. Erste Hochrechnungen in den Medien zeugen von einer neuen Dynamik der Oppositionsparteien und könnten den Schwanengesang der Ära des Präsidenten Wade einläuten.

Schauplatz Senegal am 19. März 2000: Das Land machte weltweit Schlagzeilen mit der friedlich und transparent verlaufenen politischen Wende, die nach 40 Jahren sozialistischer Regierung ein liberales Regime an die Macht brachte. Fast auf den Tag genau nach 9 Jahren wählten die Bürger jetzt die „Wendepartei“ PDS und ihre „SOPI-Koalition“ in der Hauptstadt Dakar und vielen großen Städten des Landes wieder ab. Die Erwartungen und Hoffnungen, die sich an den damals schon betagten Präsidenten Abdoulaye Wade gerichtet hatten, waren immens. Ihnen nachkommen zu können, erscheint aus der Retrospektive kaum möglich.

Die Kommunalwahlen bedeuten einen erheblichen Absturz des Regimes Wade. Besonders schmerzlich: Die Hauptstadt Dakar ging verloren. Und hier hatte doch Wades Sohn Karim kandidiert. In fast allen Landesteilen wurde die Sopi-Koalition der Regierung Wade nach den provisorischen Ergebnissen geschlagen, nur in vier von 14 Regionen konnte sie eine knappe Mehrheit erringen, in Ziguinchor, Tambacounda und

in den neuen Regionen Kedougou und Kaffrine.

Die Regierung Wade hat enttäuscht, die Kommunalwahlen zeugen vom Verdruss der Bevölkerung.

Die Wahlen in den Medien

Die Titel der am Folgetag erschienenen Zeitungen sprechen Bände: „Die gewendete Wende“, „Ohrfeige für Wade“, „Wade und Karim gedemütigt“, „Wahldebakel“, „Familie Wade delogiert“. Neutralere Titel legten den Akzent auf die überraschend guten Ergebnisse der Oppositionsparteien, während die regierungsnahen Tageszeitung Le Soleil nur von „ruhige(n) Wahlen“ sprach. Statt Analysen informierte Le Soleil lediglich im Innenteil über den ruhigen Wahlvorgang in den einzelnen Landesteilen. Ganz anders in den unabhängigen Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern: hier wurde die „Wende der Wende“ ausführlich kommentiert und gefeiert.

Schon kurz nach Schließung der Wahllokale begannen die Korrespondenten der unabhängigen Radios und Fernsehsender aus allen Landesteilen zeitnah und sogar zeitgleich die Ergebnisse der einzelnen Wahllokale durchzugeben. Diese Litanei der Wahlergebnisse erstreckte sich bis spät in die Nacht. Die Stimmung im Land war aufgelaufen, die Oppositionsparteien feierten euphorisch.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

STEFAN GEHROLD

UTE GIERCZYNSKI-BOCANDÉ

31. März 2009

www.kas.de/senegal

www.kas.de

Die Situation erinnerte an den Abend des 19. März 2000, mit dem Unterschied, dass am 22. März 2009 die Vorzeichen umgekehrt waren. Auch vor neun Jahren hatten die Privatradios die Wahlergebnisse Punkt für Punkt durchgegeben, aber damals war dies neu. Handys gab es noch nicht lange im Senegal und die Journalisten hatten eine verlässliche Methode entdeckt, die jeglichen Wahlbetrug im Nachhinein verhinderte.

Jetzt drohte die Radioaufsichtsbehörde kurz vor Mitternacht, sie würde die Sender blockieren, die ihre Schulden gegenüber dem Staat nicht beglichen hätten. Letztlich konnte sich diese Behörde jedoch nicht zu diesem Schritt durchringen.

Die Episode ist jedoch ein Indiz für den Willen der Regierungskoalition, mit allen verfügbaren und demokratisch legitimierbaren Mitteln für den Machterhalt zu kämpfen.

Steigendes Interesse an Lokalwahlen und Gewalt im Wahlkampf

Allein die Intensität der Wahlkampagne zeugte von einer wachsenden Begeisterung. Hintergrund: Die PDS sah die Lokalwahlen als Prüfstand für ihre Popularität und die Opposition als Probelauf für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in drei Jahren.

Den Wahlkampf begleiteten gewaltsame Ereignisse: Häuser von Politikern wurden zerstört, Parteianhänger gingen mit Waffen aufeinander los und auch innerhalb der Parteien kam es zu zahlreichen Zwischenfällen. Es ging ums Ganze. Das erklärt auch die vielen heftigen Reaktionen von Vertretern und Anhängern aller Parteien.

Auch Staatspräsident Wade stieg in die lokalpolitische Arena. Er absolvierte in der Wahlkampfperiode eine „Wirtschaftstournee“, die ihn in alle Landesteile führte und während derer er sich ein Bild seiner Popularität machen konnte. Insofern dürfte er von den Ergebnissen nicht überrascht gewesen sein, denn in den meisten Städten wurde er mit Buhrufen und roten Tüchern, zeitweise sogar mit Steinwürfen empfangen. Die Illusion des beliebten Landeschefs, der

er sich noch in den letzten Jahren hingeben konnte, ist zerstört.

Die Rolle des nationalen Reflexionskomitees

Kommunalwahlen hatten in Senegal bislang allenfalls ein gelangweiltes Erfüllen der Bürgerpflicht bedeutet. In dem ehemals zentralistischen Staat mit Bürgern, die sich der Bedeutung der *gouvernance* an der Basis noch nicht richtig bewusst waren und die noch viele zentralistische Reflexe beibehalten haben, galten Wahlen auf lokaler Ebene als nebensächlich. Dieses Jahr jedoch war alles anders.

Nachdem vor zwei Jahren der greise Präsident Wade mit mehr als 50 % schon im ersten Wahlgang wieder gewählt worden war, boykottierten die großen Oppositionsparteien wenige Monate später die Parlamentswahlen. Sie fochten die Wahlergebnisse an und beklagten Wahlbetrug im großen Stil (der allerdings nicht bewiesen werden konnte). Auch dem Wählerregister trauten sie nicht mehr. Seit 2007 befindet sich also kein Politiker der sozialistischen und der sozialdemokratischen Parteien in Parlament, Senat oder Regierung.

Ohne repräsentative Posten in den gewählten Instanzen verlegten sich diese Parteien auf die Arbeit in Gewerkschaften und gehörten zu den Initiatoren des Nationalen Reflexionskomitees (*Assises nationales*). Dieses Komitee machte in Kleinarbeit auf regionaler und lokaler Ebene eine minutiöse Bestandsaufnahme der Mängel und Probleme in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Die Ergebnisse wurden noch nicht veröffentlicht. Allerdings trug allein die Dynamik, die von der Arbeit des Komitees ausging, zum Wahleifer der Senegalesen bei diesen Kommunalwahlen bei.

Die Bevölkerung in den Regionen hat in den letzten Jahren das Bewusstsein erlangt, dass Politik kein Schicksal ist, sondern sie diese mitbestimmen können. Die alleinige Konzentration des Staatschefs auf die Hauptstadt Dakar, die Wade für den islamischen Weltgipfel 2008 mit viel Geld modernisierte, rief den Groll der ländlichen Bevöl-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

STEFAN GEHROLD

UTE GIERCZYNSKI-BOCANDE

31. März 2009

www.kas.de/senegal

www.kas.de

kerung hervor. Sie empfand sich als Stiefkind der Regierung Wade. Fehlende oder mangelhafte Infrastrukturen, das Scheitern der Landwirtschaftspolitik und die Wirtschaftskrise trieben die Landbevölkerung an den Rand der Revolte, die sich beim Wahlkampf in allen Regionen gegen den Präsidenten und die PDS-Vertreter entlud.

Respektable Wahlbeteiligung trotz vieler Organisatorischer mängel

Die Wahlbeteiligung lag zwar nur bei ca. 50 %, dies ging allerdings unter anderem auf zahlreiche Organisationsmängel zurück. Vielfach konnten die Wähler erst Stunden nach offiziellem Wahlbeginn um 8 Uhr ihr Wahlrecht wahrnehmen. Allein in Dakar öffneten manche Wahllokale erst gegen Mittag, weil Wahlzettel fehlten, die Wahlbüroleiter nicht kamen oder keine Tinte vorhanden war, in die jeder Wähler seinen Finger tunken muss (um Doppelwahlen zu verhindern).

Auch in vielen Orten um Kedougou (im Südosten des Landes) und in der Südregion Casamance begannen die Wahlen auf Grund dieser Schwierigkeiten erst um 15 Uhr. Die Wahlbüros blieben teilweise, mit Autorisierung der Präfekten, bis 23 Uhr geöffnet, jedoch war die Wahlbeteiligung gering. Viele Wähler waren entmutigt wieder gegangen, vor allem diejenigen, die in abgelegenen und schwer zugänglichen Dörfern wohnen.

Kritiker behaupteten, diese Organisationsmängel seien bewusst inszeniert worden, um die Wahlbeteiligung in Gegenden, wo die Regierungspartei wenig Unterstützung erfährt, zu reduzieren. Dem widerspricht allerdings das Ergebnis der Sopi-Koalition in der Casamance-Hauptstadt Ziguinchor, wo der seit über 20 Jahren regierende sozialistische Bürgermeister Robert Sagna zugunsten des liberalen Kandidaten abgewählt wurde.

Rolle der Bürgermeister der großen Städte: Auf- und Absteiger

Die massive Kritik aus verschiedenen großen Städten und der ungehemmte Macht hunger der PDS führten im letzten Jahr da-

zu, dass mehrere Bürgermeister der Opposition vom Staatschef des Amtes enthoben worden waren. Der ehemalige Premierminister und Bürgermeister von Thies, Idrissa Seck, musste sogar mehrere Monate ins Gefängnis, da ihm bei der bemerkenswerten Modernisierung der Stadt Hinterziehungen vorgeworfen wurden. Da dies nicht bewiesen werden konnte, wurde er rehabilitiert, verlor jedoch das Bürgermeisteramt.

Auch ein anderer Ex-Premierminister und Bürgermeister von Fatick, Macky Sall, fiel in Ungnade und wurde zum Rücktritt als Parlamentspräsident gezwungen. Die Bürgermeister weiterer wichtiger Städte wie Kedougou wurden mit dem vorgeschobenen Grund der „Misswirtschaft“ ihres Amtes enthoben.

Die Praxis, gewählte Vertreter durch eine Entscheidung der Exekutive zu entlassen, wurde von vielen Seiten angeprangert, jedoch gelang es dem Staatschef jedes Mal, seinen Handlungen eine verfassungsmäßige Legitimation zu geben.

Die Rechnung erhielten Wade und die PDS bei den Kommunalwahlen 2009: Den entmachteten Bürgermeister gelang ein glänzendes Comeback. Beide hatten nach ihrer Entlassung aus dem Premierministeramt eigene Parteien gegründet, die viele Frustrierte der PDS angezogen hatten.

Macky Sall konnte nach den Wahlen wieder ins Rathaus von Fatick zurück kehren, eine begeisterte Bevölkerung eskortierte ihn bis in sein Büro. Fatick gehört zu den Städten, die sich vom Regime vernachlässigt fühlen, die Entlassung ihres Bürgermeisters hatte zu kleinen Revolten geführt und die Wiederwahl zu einem Freudenfest.

Idrissa Seck wurde in Thies mit absoluter Mehrheit (wieder) gewählt – auf Stadt- und Regionsebene. Mit seiner liberalen Partei Rewmi (das Land) will Seck die Modernisierungsarbeiten in Stadt und Region, die im Laufe seiner Amtszeit begonnen hatte, nun fortsetzen, sein Wahlslogan war: Ein noch größerer Ehrgeiz für Thies. Die Parteifarbe Orange belebte das Stadtbild während des ganzen Wahlkampfes, aber vor allem bei

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

STEFAN GEHROLD

UTE GIERCZYNSKI-BOCANDE

31. März 2009

www.kas.de/senegal

www.kas.de

der letzten Kundgebung kleidete sich die ganze Stadt in Orange und trank Fanta orange anstatt Coca Cola! Die Bevölkerung der zweitgrößten Regionalhauptstadt dankte Seck sein Engagement mit massiver Wahlteilnahme und einem überwältigenden Erfolg. Jetzt müssen allerdings die Taten folgen.

Die meisten anderen großen Städte des Landes fielen allerdings nicht an liberale Parteien, sondern an die Oppositionskoalition „Benno Siggil Senegal“, bestehend aus Sozialdemokraten, ehemaligen Sozialisten und kleineren Parteien diverser Ausrichtungen. Tambacounda, Louga, Linguère und Rufisque entschieden sich für Benno Siggil Senegal und sogar die Hauptstädte der religiösen Bruderschaften Tivavouane und Touba gingen an die Oppositionskoalition. Die Wähler waren den PDS freundlichen Wahlempfehlungen verschiedener Marabouts nicht gefolgt und strafte die Regierungspartei für ihre zahlreichen nicht eingehaltenen Versprechungen ab.

Wade hatte beispielsweise dem Kalifen von Touba, der Hauptstadt der Mouriden, eine Stadtmodernisierung im großen Stil versprochen. Da aber alle verfügbaren Ressourcen zur Stadtverschönerung Dakars anlässlich des islamischen Weltgipfels verbraucht worden waren, ging Touba leer aus und die Wählerschaft der Mouriden ließ erstmals die Partei des mouridischen Präsidenten Wade im Stich.

Den größten Coup konnte die Oppositionskoalition jedoch in Dakar und Saint Louis landen. Allein fünf aktuelle Minister stammen aus St. Louis, einer von ihnen, der bisherige Bürgermeister, wurde abgewählt. Dakar erhält einen Oberbürgermeister aus dem sozialistischen Lager, Khalifa Sall. 15 der 19 Bürgermeisterämter der Stadtteile fielen ebenfalls an die Oppositionskoalition. Die mehr als 3,5 Millionen Bewohner der Agglomeration auf der Halbinsel Dakar stellen ein großes Gewicht und Wählerpotential dar. Sogar die Bürgermeister von Pikine und Guediawaye fielen dem Unmut der Bevölkerung über die Regierungspolitik zum Opfer, obwohl gerade sie sehr viel im Rahmen der Stadtentwicklung geleistet hatten.

In den Südregionen Ziguinchor, Tambacounda und Kedougou konnte sich die PDS behaupten und sogar drei Städte erobern, die bislang von sozialistischen Bürgermeistern regiert worden waren. Ziguinchor, Tambacounda und Kedougou. Die neuen Bürgermeister hatten sich in den letzten Jahren den Ruf tat- und finanzkräftiger politische Führer erworben. Ziguinchor wird nun von Abdoulaye Baldé regiert, einem aufsteigenden PDS Politiker, der dem Präsidentensohn Karim Wade nahe steht und mit ihm die parteiähnliche Organisation „Konkrete Generation“ leitet. Der scheidende Bürgermeister Sagna, der schon zu Senghors Zeiten Minister und Bürgermeister war, konnte die Erwartungen der Bevölkerung Ziguinchors nicht mehr erfüllen.

Der Abgeordnete der Nationalversammlung Moustapha Guirassy wurde zum Bürgermeister der Stadt Kedougou gewählt. Guirassy konnte seine Popularität in Kedougou erhöhen, weil er aktiv und effizient für die Befreiung der inhaftierten Demonstranten der Unruhen in Kedougou eingetreten war (wir berichteten). Auch der Regionalratsvorsitzende der Region Kedougou gehört zur Regierungspartei PDS, der ehemalige Minister für Nationalsprachen Mamadou Makalou.

Wenn auch einige wichtige Städte in der Hand der PDS oder ihr nahe stehenden Parteien blieben, hat sich die politische Landschaft jedoch grundlegend verändert.

Ursachen der Enttäuschung: Demokratischer Rückgang, wirtschaftliche Stagnation

Die Enttäuschungen über die Regierungspolitik des Präsidenten Wade haben mannigfaltige Ursachen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass neben der ökonomische Stagnation (die noch durch die globale Wirtschaftskrise akzentuiert wird) Defizite in der Demokratieentwicklung zu verzeichnen sind. Besonders die ständigen Bestrebungen des alternden und immer autokratisch werdenden Staatschefs, das Terrain für die Nachfolge seines Sohns ins Präsidialamt vorzubereiten, haben den Unmut aller Bevölkerungsschichten hervorgerufen und auch innerhalb der PDS zu Spaltungen ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

STEFAN GEHROLD

UTE GIERCZYNSKI-BOCANDE

31. März 2009

www.kas.de/senegal

www.kas.de

führt. Warnten vor den letzten Präsidentschaftswahlen nur die Intellektuellen mit Kassandraruhen vor den antidemokratischen Tendenzen des Präsidenten, war jetzt der Großteil der Senegalesen überzeugt, dass der „Präsident der Wende“ ihre Hoffnungen nicht mehr erfüllen würde.

Letztlich wurde Wade und seiner Regierung vorgeworfen, in neun Jahren den Staat genauso geschröpft zu haben wie das sozialistische Regime in 40 Jahren. Die Unersättlichkeit der Barone und jungen Wölfe der Sopi-Koalition hat schwerwiegende Auswirkungen im Bereich Bodenspekulation und Grundverteilung. Der Ausbruch der Unruhen im Dezember in Kedougou war ein Indiz dafür, dass die Bevölkerung nicht mehr bereit ist, tatenlos zuzusehen, wie ihre an Bodenschätzen reiche Region geplündert wird. Ebenfalls in der Casamance und am Senegalfluss stellen Bodennutzungsfragen nach wie vor ein Problem dar, das mit äußerster Vorsicht und Umsicht behandelt werden müsste, aber nicht immer ist dies der Fall. Man bezichtigt die Regierung und die gewählten Vertreter, sich auf Kosten der Not leidenden Bevölkerung zu bereichern und außer den spektakulären Großprojekten Wades, die bislang größtenteils nur auf dem Papier existieren, nichts für die tatsächliche Entwicklung des Landes zu tun.

Dem Staat wird Verschwendungsucht vorgeworfen, ein Beispiel ist die Einrichtung des Senats, der durch Wade kurz nach seiner Wahl 2000 abgeschafft worden war. Die Neuschaffung führte zu Protesten der Bevölkerung, besonders weil zwei Drittel der Senatoren direkt vom Staatspräsidenten ernannt werden.

Die Energie- und Hungerrevolten im vergangenen Jahr haben ebenfalls massiv dazu beigetragen, die Popularität des PDS Regimes zu mindern. Manche Protestmärsche gegen die hohen Elektrizitätspreise und die unzähligen Stromausfälle wurden sogar von den Imams der Moscheen angeführt.

Die „heilige Allianz“ zwischen Regierung und religiösen Führern scheint nicht mehr zu funktionieren, da letztere immer mehr Partei für die Not leidende Bevölkerung ergrei-

fen und sich immer mehr vom Regime distanzieren.

Ende der „Dynastie Wade“?

Präsident Wade hatte seit vielen Monaten versucht seinen Sohn Karim, der lange im Ausland gelebt hatte und erst kurz nach der Wahl seines Vaters zum Staatspräsidenten nach Senegal zurück gekehrt war, (kommunal)politisch zu einem Faktor zu machen. Dass Karim Wade tatsächlich für das Amt des Dakarer Bürgermeisters mit tatkräftiger Unterstützung des Vaters kandidieren wollte, war erst seit einigen Wochen klar. Dies könnte eine ausschlaggebende Komponente für die den überraschenden Wahlsieg der Opposition gewesen sein.

Der amtierende Bürgermeister Dakars und Senatsvorsitzende, Pape Diop, hatte dem Präsidentensohn Karim Wade versprochen, ihm im Falle des Wahlsiegs dafür einzutreten, dass Karim vom Stadtrat zum Bürgermeister gewählt würde. Dies beinhaltet die Möglichkeit auf die Übernahme des Amtes des Senatspräsidenten, der im Falle der Verhinderung den Staatsoberhaupt ersetzt. Beobachter vermuteten hinter der Kandidatur Karim Wades Methode: Vom Bürgermeister Dakars zum Senatspräsidenten. Vom Senatspräsidenten zum Staatspräsidenten.

Oppositionelle Zeitungen titelten dementsprechend: „Wade und Karim gedemütigt“, „Die PDS Verlierer in den Wahlbüros von Wade, Karim und Viviane“ (Ehefrau), „Die monarchische Gefahr ist gebannt“.

Nun ist abzuwarten, wie die Regierung Wade mit diesen Ergebnissen umgehen wird. Während manche Beobachter eine weitere Beschneidung der demokratischen Errungenschaften befürchteten, besonders im Hinblick auf die individuelle und Pressefreiheit, deuten andere dieses Ergebnis als Schwanengesang der Wade-Ära.

Wichtiger ist jedoch die Tatsache, dass die senegalesische Bevölkerung, wie vor 9 Jahren, bewiesen hat, dass sie unpopuläre politische Entscheidungen und Handlungen durch ihr Wahlverhalten abstrafte. So geschah es 2000 auf nationaler Ebene dem

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

STEFAN GEHROLD

UTE GIERCZYNSKI-BOCANDÉ

31. März 2009

www.kas.de/senegal

www.kas.de

sozialistischen Regime, und so musste es in diesem Jahr die liberale PDS erleben. Ebenso wichtig ist das Bewusstwerden über die Bedeutung der Lokal- und Kommunalpolitik. In gewisser Weise wurde die politische Szene vom Kopf auf die Füße gestellt. Wenn auch die Kommunalpolitiker nun die Fehler ihres Staatshaupts ausbaden bzw. die Oppositionspolitiker davon profitieren können, stehen sie doch alle vor einer neuen Herausforderung. Die PDS-Regierung hat bis zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2012 drei Jahre Zeit, ihre Fehler und ihr Fehlen zu korrigieren und durch ihre Politik der Bevölkerung zu beweisen, dass sie in der Lage ist, die akuten Probleme zu lösen und das Land stärker in eine Entwicklungsdynamik zu versetzen. Die neu gewählten Kommunalpolitiker der Opposition müssen ihrerseits beweisen, dass sie die Entwicklungsprobleme auf lokaler Ebene effizient angehen können. Diese Herausforderung ist umso größer, als viele der neuen lokalen Verantwortungsträger nicht unbedingt auf Grund ihrer Leistungen und Popularität, sondern im Zuge einer Abstrafwahl in ihr Amt gelangten.

Abschließend ist festzustellen, dass die senegalesische Demokratie lebt und die Bevölkerung aktiv an politischen Entscheidungen teilnimmt, um die Geschicke des Landes mitbestimmen zu können. Religiöse und ethnische Faktoren spielen eine immer geringere Rolle bei Wahlprozessen, im Mittelpunkt steht die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes.